

Tabak-Arbeiter

Nr. 28 / Bremen, den 12. Juli 1930

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40 $\frac{1}{2}$ ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 $\frac{1}{2}$ für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion u. der Anzeigenannahme Montag abend. Verantwortl. für den redaktionellen Teil Ferdinand Dahms, für den Anzeigenteil Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hujung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalfeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20, Telefon: Am Domsheide 20780. Geld- und Einschreibendungen an Johannes Krohn, Postfach 5349 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandelsbankgesellschaft deutscher Conjuratoren m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hujung, Bremen. Verbandsauschüßvorsitzender: L. Schöne, Hamburg, Bejenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24

Organisiert den Widerstand!

Herr Bahls, Syndikus des Verbandes süddeutscher Zigarrenfabrikanten (Bezirksgruppe 11 des R. d. Z.), hat am 1. Juli in Mannheim den Mitgliedern seiner Organisation einen Bericht über das Jahr 1929 gegeben und dabei Ausführungen gemacht, von denen alle Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarrenherstellung eingehend Kenntnis nehmen sollten. Nach dem Bericht der „Süddeutschen Tabakzeitung“ beschäftigte sich Herr Bahls in seinen Ausführungen auch mit den Löhnen der Zigarrenarbeiterschaft, die durch die Hamburger Vereinbarung vom Mai 1929 für zwei volle Jahre bindend geregelt worden seien.

„Man habe dieses Abkommen“, so führte er aus, „damals als einen Erfolg der Tarifpolitik betrachten dürfen, weil es der Industrie die Möglichkeit gab, auf lange Zeit vorausschauend zu disponieren. Heute sei die allgemeine Lohnbewegung in Deutschland zum Stillstand gekommen und es werde daher von der Zigarrenindustrie als unbillig empfunden, daß sie am 1. Oktober noch eine Erhöhung der Löhne vornehmen sollte, obgleich andere maßgebliche Gewerbebranchen sogar einen Abbau durchgeführt hätten. Die Hamburger Vereinbarung gebe zwar die Möglichkeit, bei einer wesentlichen Veränderung der Lebenshaltungskosten vom Oktober 1930 an eine Revision des Lohnabkommens zu verlangen.* Es sei aber heute noch verfrüht, sich in dieser Hinsicht ein Urteil zu bilden; denn wenn auch nach der Reichsmessziffer die Lebenshaltungskosten seit dem Vertragsabschluß um etwa 4 $\frac{1}{2}$ Prozent zurückgegangen sei, so sei doch schwer vorzusagen, wie sich die Verhältnisse bis zum Oktober weiter entwickeln. Jedenfalls aber müsse man auch zurückblickend die vom R. d. Z. befolgte Lohnpolitik als richtig bezeichnen. Hätte man damals eine einmalige kräftige Lohnerhöhung in Kauf genommen, anstatt diese auf mehrere kleine Raten zu verteilen, so wäre die Lage heute entschieden ungünstiger. Denn es sei unter allen Umständen leichter, im Oktober einen weiteren Aufbau der Löhne zu verhüten, als einen direkten Lohnabbau durchzusetzen. Vorläufig müsse man die weitere Entwicklung der Dinge abwarten.“

Wir sind der „Süddeutschen Tabakzeitung“ dafür dankbar, daß sie uns durch ihre Berichterstattung die Möglichkeit verschafft hat, auch den Leserinnen und Lesern des „Tabak-Arbeiter“ von den Ausführungen des Herrn Bahls Kenntnis zu geben, obwohl sie uns bei der Einstellung der Zigarrenfabrikanten und ihrer Syndikate kaum überraschen. Aber nun wissen die Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarrenherstellung Bescheid. Jetzt sind alle Zweifel über die Absichten der Zigarrenfabrikanten beseitigt. Die Rede des Herrn Bahls läßt trotz ihrer vorsichtigen Formulierung mit aller Deutlichkeit erkennen, was geplant ist:

* Absatz 2 der Ziffer XII des Reichstarifvertrages für die deutsche Zigarrenherstellung (Inkrafttreten und Tarifdauer) hat nach der Hamburger Vereinbarung folgenden Wortlaut:

Auf Antrag einer Tarifvertragspartei kann unter Berücksichtigung der eingetretenen Lohnerhöhungen ab 1. Oktober 1930 eine Nachprüfung darüber stattfinden, ob durch nicht vorherzusehende Ereignisse eine wesentliche Aenderung der Lebenshaltungskosten eingetreten ist, die einen neuen Ausgleich der Löhne erfordert. Hierüber entscheidet bindend nach Anhörung der Parteien die gleiche Schlichterkammer.

Die Zigarrenfabrikanten wollen die in der Hamburger Vereinbarung vom 16. Mai 1929 für den 1. Oktober dieses Jahres festgelegte Erhöhung der Endtariflöhne um 2 v. H. der Reichsgrundlöhne nicht zahlen.

Am liebsten möchten sie sich nicht nur von der vereinbarten Lohnerhöhung drücken, sondern darüber hinaus noch einen allgemeinen Lohnabbau vornehmen. Da sie aber wissen, daß sie dann Kämpfe auslösen würden, deren Ausgang für sie zum mindesten sehr unbestimmt wäre, wollen sie sich für den 1. Oktober zunächst mit der Verhinderung der von ihren Vertretern mit vereinbarten Lohnerhöhung zufrieden geben. Sie empfinden es als unbillig, daß sie noch die Löhne erhöhen sollen, trotzdem anderswo bereits ein Lohnabbau vorgenommen worden ist.

Wir haben die Zigarrenfabrikanten nie anders eingeschätzt. Uns ist nur zu gut bekannt, daß sie noch zu jeder Zeit von möglichst niedrigen Löhnen alles Heil erwartet haben, obwohl es in ihrem eigenen Interesse als Fabrikanten eines Genußmittels läge, wenn die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung tunlichst gestärkt würde. Aber soweit reicht ihr Horizont anscheinend nicht. Sie, die mit den von ihnen gezahlten Löhnen von allen Industriezweigen jahrzehntelang an letzter Stelle gestanden haben, sie, die noch bei jeder Lohnverhandlung um Bruchteile eines Pfennigs stunden- und tagelang feilschten, bekommen Herzbeklemmung, wenn sie beim Lohnabbau nicht mit in der ersten Reihe marschieren können und wenn ihnen beim Lohnabbau irgend jemand den Rang abläuft.

Den Arbeiterinnen und Arbeitern der Zigarrenherstellung müssen die Ausführungen des Herrn Bahls Veranlassung geben, von nun an alle Kräfte zu mobilisieren, um die Reihen des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes aufzufüllen. Es läßt sich nicht leugnen, daß die zweijährige Dauer der jetzt noch geltenden Hamburger Vereinbarung vom 16. Mai vorigen Jahres in organisatorischer Beziehung eine gewisse Gleichgültigkeit zur Folge gehabt hat, weil manche sich durch das Bestehen des Tarifvertrages genügend geschützt glaubten und andere erst an die Werbearbeit denken, wenn der Feind vor den Toren steht. Mit dieser Gleichgültigkeit muß nun gebrochen werden. Jetzt kommt es darauf an, die noch abseits stehenden Berufsangehörigen über die drohenden Gefahren aufzuklären und sie von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zu überzeugen. Es gilt, den Widerstand gegen die Verwirklichung der Pläne der Zigarrenfabrikanten zu organisieren, ehe es zu spät ist.

Täusche sich niemand über den Ernst der Lage. Wenn es gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter gegangen ist, sind die Zigarrenfabrikanten noch niemals zimperlich gewesen. Nicht nur in der Vorkriegszeit, sondern auch später noch. Wir erinnern nur an die Festsetzung der Diktatlohne nach Beendigung der Inflationsperiode und an die gewaltige Ausperrung im Jahre 1927. Nun ist ein neuer Angriff auf die Lebenshaltung der schon so nicht auf Rosen gebetteten Zigarrenarbeiterschaft geplant. Diesen Angriff gilt es abzuwehren und, wenn möglich, schon im Keime zu ersticken. Das wird aber nur gelingen, wenn alle Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarrenherstellung sich ihrer Pflicht bewußt sind und wissen, worauf es ankommt.

Strafe für ledige Frauen

Von Louise Schroeder, M. d. R.

Die sogenannte Ledigensteuer, die das Kabinett Brüning vorgeschlagen hat, ist eine der unsozialsten und ungerechtesten Steuern. Sie soll alle diejenigen steuerpflichtigen Personen erfassen, die nicht verheiratet sind oder waren. Nicht mit erfasst werden also verwitwete oder geschiedene Personen, befreit werden ferner uneheliche Mütter, die für ihr Kind sorgen.* Ob auch der uneheliche Vater, der für sein Kind Alimente zahlt, frei bleiben soll, ist vorläufig ungeklärt, aber mehr als zweifelhaft.

Mit dem Gedanken der Ledigensteuer ist seit langem gespielt worden. Man hat diesen Gedanken als eine soziale Tat gepriesen. Wer ihn so anpreist, dürfte sich schwerlich über die Auswirkungen im klaren sein. Wer ist denn heute ledig? Es ist nicht mehr nur der Junggeselle, der aus egoistischen Gründen die Gründung einer Familie ablehnt, es ist in weitaus größerem Umfange neben dem Manne, den die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, häufig auch die Wohnungsnot, an der Ehe hindern, vor allem die Frau.

Wir haben im Kriege über 2 Millionen Männer verloren. Die Folge davon stellte die Volkszählung des Jahres 1925 fest, nach der auf 1000 Männer im Alter von 20 bis 45 Jahren 1160 Frauen kommen und auf 1000 Männer im Alter von 30 bis 35 Jahren sogar 1325 Frauen. Daß ferner zahllose Frauen deshalb unverheiratet bleiben, weil Krankheit, Kriegsbeschädigung, sonstige Berufsunfähigkeit, sowie Arbeitslosigkeit und andere soziale Nöte die Eheschließung unmöglich machen, geht daraus hervor, daß bei der gleichen Volkszählung 8½ Millionen Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren als Alleinstehende (neben Witwen und Geschiedenen in erster Linie Ledige) gezählt wurden. Wenn nun ebenso wie bei manchem Manne auch bei mancher Frau das Motiv dieses Alleinstehens die Ablehnung der Ehe in der heutigen Form ist, so soll doch offen zugegeben werden, daß der weitaus größte Teil dieser Frauen die Ehe dem heutigen Leben vorgezogen haben würde, wenn sich die entsprechende Möglichkeit dazu ergeben hätte.

In welcher Weise sollen nun die Ledigen belastet werden? Zunächst einmal gab es ja schon immer eine Ledigensteuer in der Form, daß die Ermäßigung von rund 1 Prozent, die dem Verheirateten für die Ehefrau vom Steuersatz abgezogen wurden, von den Ledigen mitbezahlt werden mußten. Diese Tatsache bleibt auch jetzt bestehen. Eine Verschlechterung erfolgt aber insofern, als der unter dem Finanzminister Hilferding eingeführte Abschlag von 25 Prozent der Steuer bis zum Höchstbetrage von 3 M für die Ledigen in Wegfall kommt. Das bedeutet gerade für die Einkommen um 220 Mark monatlich darum eine besondere Härte. Da der Abschlag mit 3 Mark höchstens begrenzt war, so bedeutet er prozentual berechnet für die höheren Einkommen eine geringe Ermäßigung und hier macht sich auch der Wegfall weniger bemerkbar. Für denjenigen aber, der bisher 12 Mark minus 3 Mark zahlte oder 10 Mark minus 2,50 Mark und jetzt die vollen 12 Mark bzw. 10 Mark zahlen muß, ist das eine erhebliche Belastung.

Zu diesen beiden Ledigensteuern kommt nun aber die eigentliche Ledigensteuer hinzu. Sie beginnt mit einem Jahreseinkommen von 2640 Mark, also 220 Mark monatlich, und macht 10 Prozent der Steuer aus. Nehmen wir als Beispiel ein Monatseinkommen von 300 Mark, so ergibt sich folgende Rechnung:

Monatseinkommen	300 Mark
steuerfreies Einkommen	100 Mark
	<hr/>
	200 Mark

10 Prozent davon betragen 20 Mark. In Wegfall kommt der bisherige Abschlag von 3 Mark. Hinzu kommen dagegen 10 Prozent Ledigensteuer gleich 2 Mark, ergibt zusammen 22 Mark, statt bisher 17 Mark.

Wie ist nun diese Sonderbelastung der Ledigen zu begründen? Die Regierung geht davon aus, daß der Ledige materiell weniger zu seinem Lebensunterhalt gebraucht als der Verheiratete. Wer weiß, was ein Lediger für sein möbliertes Zimmer zahlen muß, was dazu an Ausgaben für jede Handreichung kommt, wie außerordentlich teuer ferner das Essen im Restau-

rant oder in einer Speisewirtschaft ist, wird schon diese Behauptung ohne weiteres bezweifeln müssen.

Nun aber sind, wie oben dargelegt, vorwiegend Frauen ledig, und zwar, wie die Statistik zeigt, größtenteils erwerbstätige Frauen, deren Zahl gerade in den letzten zehn Jahren in den älteren Jahrgängen außerordentlich stark zugenommen hat. Wir sind froh darüber, daß dem so ist und daß der Zustand überwunden ist, daß die unverheiratete Frau als die gefürchtete „alte Jungfer“ einen Schrecken für die Familie darstellte. Deshalb brauchen wir nicht zu übersehen, daß es bei unserer heutigen wirtschaftlichen Lage, wie auch bei dem leider herrschenden Vorurteil gegen ältere Arbeitskräfte, und insbesondere weibliche Arbeitskräfte, ganz gewiß nicht leicht ist, als 40-, 45- oder 50jährige Frau den Unterhalt verdienen zu müssen. Einerlei ob als Hausgehilfin oder Fabrikarbeiterin, ob als Verkäuferin oder Kontoristin, oder wo sonst immer die Arbeit gesucht werden muß. Diese Frauen, die oft ihr Schicksal nicht mit Unrecht als besonders hart empfinden, müssen durch die neue Belastung, die sogenannte Ledigensteuer, unnötig verbittert werden. Dazu kommt, daß sie ja selten wirklich nur für sich sorgen. In viel stärkerem Maße als der Sohn wird die Tochter in sich die Verpflichtung fühlen, für alte, arbeitsunfähige oder kranke Eltern zu sorgen. Das läßt sich nicht immer mit Zahlen nachweisen, ganz abgesehen davon, daß der Gesehntwurf auch solche Ledige nicht befreit, die in der Lage sind, zahlenmäßig die Sorge für ihre Eltern oder sonstige Angehörige nachweisen zu können.

Die soziale Ungerechtigkeit der Ledigensteuer geht aber besonders daraus hervor, daß sie von einem relativ geringen Einkommen ab eine Gruppe von Menschen trifft, nur weil sie ledig sind, ohne jede Rücksicht auf ihre sonstigen sozialen Verhältnisse, daß sie aber pekuniär weit Bessergestellte freiläßt. Wollte man aus der Not der Zeit heraus Kinderlose besonders belasten, so hätte man aber auch den Mut haben müssen, wirklich alle Kinderlosen zu erfassen. Was jetzt geschieht, bedeutet, daß auf der einen Seite kinderlose Eheleute, die unter Umständen beide erwerbstätig sind oder bei denen der Mann ein höheres Einkommen hat, freigelassen werden, während auf der anderen Seite die unverheirateten Frauen, die allen Schicksalsschlägen, allen aus ihrer biologischen Beschaffenheit herrührenden körperlichen Schwierigkeiten, allen sonstigen Problemen des Lebens, auch des Alters, allein gegenüberstehen, belastet werden. So muß der Alleinstehende, der heute 220 Mark monatlich verdient und vielleicht binnen kurzem auf lange Zeit arbeitslos wird, eine Sondersteuer von 4,20 Mark monatlich (Wegfall der 3 Mark Abschlag plus 1,20 Mark Ledigensteuer) zahlen, während der in einer gesicherten Position befindliche kinderlose Ehemann oder kinderlos Geschiedene und Verwitwete mit einem hohen Einkommen von der Sonderbelastung freibleibt.

Am dieser Unlogik ändert auch nichts die Tatsache, daß die Ledigensteuer bis zum 31. März 1931 befristet ist, denn niemand weiß, wie an diesem Zeitpunkt die Lage der Reichsfinanzen ist und ob die Steuer wirklich wieder aufgehoben wird!

Literarisches

Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens. Herausgegeben von Walter Maßke, Hermann Müller, Paul Umbreit, Emil Vanderveke und bedeutende Wissenschaftler, unter anderen: Götz Brieß, Chajes, Flatow, Karl Pribram, Riedel, haben sich in gemeinsamer Arbeit an dem obengenannten Werk zusammengeschlossen. Das Handwörterbuch wird unter Mitarbeit von Joh. Sassenbach, Albert Thomas, Sidney Webb, Adam Stegerwald und Anton Erkelenz herausgegeben von Prof. Ludwig Heyde und verlegt von der Bert und Wirtschaft Verlagsaktiengesellschaft, Berlin. — Das Werk behandelt unter besonderer Berücksichtigung der deutschsprachigen Länder die Geschichte, Soziologie und Praxis des internationalen Gewerkschaftswesens, die organisatorischen und theoretischen Probleme der Gewerkschaftsbewegung und die sachlichen Beziehungen der Gewerkschaften zu allen wichtigen Fragen der Wirtschaft und Politik. Es kommen nicht nur Vertreter der freien Gewerkschaften zu Wort, sondern auch Vertreter der gegnerischen Verbände. Das Handwörterbuch ist deshalb ein alleseitig informierendes und umfassendes Nachschlagewerk in allen die Gewerkschaften betreffenden Fragen. Wir können die Anschaffung wärmstens empfehlen. Das Handwörterbuch wird in etwa 4 bis 5 Lieferungen zum Preise von je 22,50 Mark, bei Subscription 18 Mark, erscheinen. In Anbetracht der Bedeutung dieses Werkes hat die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstraße 6a, den Generalvertrieb an die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter übernommen. Weitere Auskünfte werden von dort gern erteilt.

* Wie aus der Drucksache zum Gesehntwurf über die „Reichshilfe“ ersichtlich ist, hat das Reichsfinanzministerium die vom Reichsrat beschlossene Änderung der Ledigensteuer übernommen. Als ledig im Sinne dieses Gesetzes gelten die Personen, die nicht verheiratet sind, sowie verwitwete oder geschiedene Personen, vorausgesetzt, daß aus ihrer Ehe keine Kinder hervorgegangen sind. (Redaktion d. „Tabak-Verb.“)



Tabakgewerbe



Der Reichsrat stimmt der Tabaksteuernovelle zu

Der Reichsrat hat am 3. Juli die Deckungsvorlagen der Reichsregierung, worunter sich auch die Tabaksteuernovelle befindet, verabschiedet.

Zur Tabaksteuernovelle erklärte der Berichterstatter der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats, daß es sich einmal darum handle, eine Einnahme von rund 48 Millionen durch Verkürzung der Zahlungsfristen auf einen Monat zu gewinnen. Gegen diesen Vorschlag wurden Bedenken im Ausschuß nicht erhoben. Dann soll die Verlängerung der Zigarettenkontingentierung bis zum 31. März 1932 erfolgen. Diese Verlängerung wird von der Regierung für notwendig gehalten, um der Industrie die Aufbringung der zufälligen Steuerzahlung zu erleichtern. Dieser Vorschlag führte in den Ausschüssen zu eingehenden Erörterungen. Es wurde beantragt, diese Frage aus dem Gesetz auszuschneiden und sie zunächst dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung zu unterbreiten, der seinerzeit bei der Schaffung des Kontingents nicht gehört worden war. Die Ausschüsse haben deshalb mit 19:9 Stimmen beschlossen, die Kontingentsbestimmung aus der Vorlage zu entfernen. Zugestimmt haben sie dagegen dem dritten Punkt der Vorlage, wonach der Steuersatz für Zigarettenpapier auf 2,50 Mark ermäßigt werden soll. Der übertrieben hohe Satz von 5 Mark hat, wie der Berichterstatter ausführte, zu Umgehungen geführt, die die Zigarettenpapierindustrie schwer gefährdete. Die ganze Novelle soll am 1. August in Kraft treten.

Namens der Reichsregierung beantragte Ministerialdirektor Dr. Ernst, in der Frage der Verlängerung des Kontingentes die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Nur unter dieser Voraussetzung bestehe die Gewähr, daß die erwarteten Mehreinnahmen tatsächlich einkommen. Sodann wurde der Antrag der Reichsregierung auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage in der Kontingentierungsfrage mit 33:31 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmten die Provinz Pommern und die Länder Bayern, Sachsen, Baden, Thüringen, Hessen, Hamburg, Oldenburg, Bremen und Lübeck. Ostpreußen und Brandenburg enthielten sich der Stimme. Auf Antrag Bremens wurde darauf die Reichsregierung ersucht, trotzdem die Frage der Zigaretten-Kontingentierung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorzulegen. Dann wurde die Tabaksteuernovelle mit großer Mehrheit angenommen.

Unhaltbare Zustände in der Berliner Zigarettenfabrik „Abdullah“

In einem großen Teil der Tagespresse ist darüber berichtet worden, daß am 3. Juli in der Berliner Zigarettenfabrik „Abdullah“ eine Anzahl von Arbeiterinnen infolge der großen Hitze und schlechten Lüftung ohnmächtig wurde und dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Nach dem uns zugegangenen Bericht ordnete der Direktor Radaški an, daß am 3. Juli im Pachtsaal die Fenster geschlossen bleiben mußten, um die Ware nicht verderben zu lassen. Eine Packerin wurde morgens um 1/9 Uhr ohnmächtig; eine andere rief: „au weia“, andere verstanden „Feuer“ und eine Panik war da, in der noch 10 Packerinnen umfielen und teilweise Schreikrämpfe bekamen. Die Feuerwehr kam mit 2 Wagen vorgefahren, ein Arzt war da und die Kolleginnen wurden nach dem Krankenhaus gebracht. Eine Kollegin muß einige Tage dort bleiben, weil sie sich beim Fallen am Kopf verletzt hat, die anderen sind schon wieder aus dem Krankenhaus entlassen. Eine Kollegin benutzte die vorhandene Aufregung, um im Sinne der RPD. Propaganda für sofortigen Streik und Wahl von Kampfleitungen zu machen und wurde deswegen entlassen. Die Packerinnen wurden um 1/11 Uhr nach Hause geschickt. Vordem gebrauchte der Direktor Radaški noch die Aeußerung: „Erst mal Ruhe im Puff“, eine Redensart, die natürlich ungehörig ist, und ihr Teil dazu beitrug, die vorhandene Erregung zu steigern. Am 4. Juli war vor dem Betrieb eine große Menschenmenge versammelt; Redner der RPD. versuchten, die Arbeiterinnen von der Aufnahme der Arbeit abzu-

halten, allerdings ohne Erfolg. Der Betriebsleiter Bekold hat einen Zusammenstoß mit mehreren Arbeiterinnen gehabt, der zur Entlassung verschiedener Packerinnen geführt haben soll.

Soweit der uns zugegangene Bericht. Wir behalten uns vor, später noch einmal auf die ganze Angelegenheit zurückzukommen, möchten aber jetzt schon sagen, daß sowohl die Arbeitsverhältnisse wie auch die Arbeitsräumlichkeiten in der Zigarettenfabrik „Abdullah“ nicht die besten sind. So ist zum Beispiel der Pachtsaal für die 307 Personen, die darin beschäftigt werden, viel zu klein. Auch die Garderobenräume sind vollständig ungenügend und ein Krankenzimmer ist überhaupt nicht vorhanden. Auf die Dauer sind das natürlich ganz unhaltbare Zustände. Sie verpflichten die Kollegenschaft und insbesondere den Betriebsrat der Firma „Abdullah“, eine Aenderung der Verhältnisse herbeizuführen; denn mit der Abschaffung der Ueberstunden und der Einführung der Schichtarbeit darf es nicht sein Bewenden haben. Auf die Unterstützung ihrer Organisation, des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, können sie dabei, ebenso wie bisher, auch in Zukunft rechnen.

Lohnregulierung in der hannoverschen Zigarettenbranche

Zwischen dem Reichsarbeitsgeberverband der Zigarettenindustrie, Ortsgruppe Hannover, und den zuständigen Gewerkschaften ist es nach wiederholten Verhandlungen über die eingereichten Lohnforderungen zu einer Vereinbarung gekommen, die am 3. Juli in Kraft getreten ist und erstmalig zum 30. Juni nächsten Jahres gekündigt werden kann. Wenn diese Vereinbarung auch keine allgemeine Lohnerhöhung vorsieht, so ist es doch gelungen, Ungerechtigkeiten im bisherigen Lohnsatz auszumergen und die Löhne einiger Gruppen von Arbeiterinnen und Arbeitern den anderweitig gezahlten Zigarettenarbeiterlöhnen anzugleichen.

Belgischer Tabakarbeiterkongreß

Während der Pfingstfeiertage wurde in Antwerpen der Verbandstag unserer belgischen Bruderorganisation abgehalten, auf dem rund 6000 Mitglieder in 20 Ortsgruppen durch 42 männliche und 3 weibliche Delegierte vertreten waren. Der Kongreß nahm zunächst den Jahresbericht entgegen und befaßte sich dann neben der Beitragsregelung mit Anträgen zum Arbeitslosenreglement, zur Verbesserung des Lohnsatzes, Einführung von Ferientagen, sowie freier Rauchzigarren und Verminderung der Hausarbeit. Beschlossen wurde, das Verbandsorgan, das bisher alle zwei Monate einmal herausgegeben wurde, in Zukunft probeweise jeden Monat erscheinen zu lassen. Ferner sollen bei den Verhandlungen mit den Unternehmern sechs Ferientage und eine bestimmte Zahl von Rauchzigarren fordert werden. Mit der Annahme dieser Anträge fand der gut verlaufene Verbandstag sein Ende.

Protest der Tabakarbeiter in Südbulgarien

In der südbulgarischen Tabakstadt Haskowa protestierten am 3. Juli etwa 2000 Tabakarbeiter gegen die unmenschlich harten Rationalisierungsmethoden der Tabakfabrikanten. Trotz des friedlichen Verlaufs der Kundgebung überfiel eine Abteilung berittene Polizei die Teilnehmer mit Kolben und blanken Säbeln. Zahlreiche Arbeiter wurden schwer mißhandelt und verwundet. Die von der gesamten Bevölkerung scharf verurteilte polizeiliche Provokation wurde von der Arbeiterschaft mit einem eintägigen Proteststreik beantwortet.

Gau- und Zahlstellenberichte

Enger. Für die Arbeiterbewegung von Enger bedeuten der 21. und 22. Juni einen weiteren Markstein in ihrer Geschichte. Das Fest der Arbeit war mit dem 25jährigen Jubiläum der Zahlstelle Enger des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes verbunden worden. Während der Abend des 21. Juni mehr der Unterhaltung gewidmet war, versammelten sich am 22. Juni, 15 Uhr, sämtliche Arbeitervereine von Enger, Besenlamp,

Westerenger und anderen Orten beim Gastwirt Niermann. Drei Musikkapellen gaben dem Festzug durch die mit Girlanden und Fahnen geschmückten Straßen den notwendigen Marschrhythmus. Heiß brannte die Sonnensonne auf den Festplatz herab, als der Zug vor den Zelten endete. Im großen Zelt sangen die gemischten Chöre von Enger, Besentkamp und Westerenger einleitend den Chor „Eintracht und Liebe“, der unter Leitung ihres Dirigenten Brandtmann herrlich vorgetragen wurde. Dann hielt Kollege Wilhelm Müller, einer der Jubilare, jetzt Gauleiter in Frankfurt a. M., die Festrede, wobei er nach Ueberbringung der Grüße des Verbandsvorstandes u. a. folgendes ausführte: Die organisierte Arbeiterschaft von Enger und Umgegend feiert heute ihr Fest der Arbeit, das durch das 25jährige Jubiläum der Tabakarbeiter begehren, besondere Weihe erhält. 25 Jahre sind ins Land gegangen, seitdem sich einige Kollegen im Vorraum des Ravensberger Hofes zusammenfanden, um die Lage der Tabakarbeiter zu beraten. Damals lagte zwar keine wirtschaftliche Krise auf den Tabakarbeitern, aber ein seelischer Druck, der darin bestand, daß die Tabakarbeiter sich nicht als freie Menschen fühlten und die Fabrikanten und Meister immer den Herrn-im-Hause-Standpunkt herausgekehrt. Wegen seiner Ueberzeugung und seines Kampfes gegen Ungerechtigkeit wurde mancher Kollege aus seiner Arbeit gewiesen. Mit Hilfe von Bielefelder Kollegen ist die Zahlstelle dann gegründet worden. 1905 war es, als der leider verstorbene Gauleiter Wilhelm Schlüter angestellt wurde, durch dessen Unterstützung der Verband einen weiteren Aufstieg nahm. Als mit der Firma Schmidt (Altona) damals wegen einer Lohnfrage verhandelt wurde, bekamen unsere Vertreter zur Antwort: „Ihr habt ja eure Kinder zum Tabakrupfen.“ Als darauf gefragt wurde, ob die Kinder denn immer umsonst arbeiten sollten, wußte man nichts zu erwidern. Unter ungeheuren Mühen hat sich die Bewegung der freien Gewerkschaften dann bis zu ihrem heutigen Stande entwickelt. Schwere Kämpfe hatte die Organisation auch mit christlichen Gewerkschaften zu führen. Mit der Revolution ging eine alte Forderung der Arbeiterschaft, die des freien Wahlrechts, in Erfüllung. Jedoch der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen konnte noch kein Ziel gesetzt werden. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung umzuformen in eine sozialistische muß unser Ziel sein. Noch stehen breite Massen mutlos und indifferent beiseite, doch der Sieg wird kommen, der Aufstieg der Arbeiterklasse beweist es immer wieder; getreu den Worten des alten nordischen Kampfliedes: „Das Banner wird stehen, wenn der Mann auch fällt“, werden wir weiter wirken bis zum endgültigen Sieg. — Im Auftrage des Verbandsvorstandes überreichte der Gauleiter, Kollege Wilhelm Borshard, dann den Jubilaren Christian Schürmeier, Hermann Schloef, Hermann Wehmeier, Heinrich Haubrod, Wilhelm Müller, Gustav Rededer und Hermann Rededer je ein Ehrendiplom für die Treue, die sie dem Verbandsverband bewahrt haben. Redner stattete den Allen den Dank der Organisation ab und ermahnte die Jungen, das zu vollenden, was die Jubilare begonnen haben. Der Krieg hat einige Gründer der Zahlstelle hinweggerissen, auch an sie wollen wir denken in einem Augenblick, wo wir die ersten Kämpfer ehren. Gleichzeitig wurden geehrt die beiden Mitbegründer der Zahlstelle Hermann Wohlmann und Gustav Wohlmann, die inzwischen in eine andere freigewerkschaftliche Organisation übergetreten sind. Im Namen der Jubilare dankte Kollege Wehmeier. Anlaß zu besonderem Lob sei nicht vorhanden, ihre Tätigkeit wäre selbstverständlich gewesen. Die Jubilare wünschten, daß die Jungen ihnen nachsehen möchten. Daß ihre Arbeit nicht umsonst gewesen sei, sondern auch in den nächsten 25 Jahren weitere Erfolge bringen möge, das würde ihnen höchste Befriedigung bereiten. Die gemischten Chöre beendeten den Festakt mit dem wuchtigen Kampflied „Morgenrot, dein heilig Glühn“. Bis in die späten Abendstunden blieben die etwa 1000 Teilnehmer dann noch in den Zelten zusammen.

Bekanntmachungen

Am 12. Juli ist der 28. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

19. Juni. Gießen 200,—.
 27. Liegnitz 100,—.
 28. Dresden 4000,—, Altenburg 250,—, Andernach 20,—, Biebrach 80,—, Bickenbach 258,60, Brieg 160,—, Bünde 3000,—, Herford 200,—, Schwewe 400,—, Heidelberg 200,—, Hess.-Lichtenau 107,10, Kaiserslautern 300,—, Köhne-Bahnhof 100,—, Moringen 90,—, Mühlhausen 400,—, Neusalz 120,—, Ohlau 200,—, Striegau 200,—, Würzburg 300,—, Hannover 1600,—.
 30. Berlin 500,—, Gießen 184,10, Hanau 81,60, München 3000,—, Nordhausen 1200,—, Danzig 100,—, Celle 39,90, Heidelberg 400,—, König 100,—, Landsberg 65,—, Lübbchen 8,80, Neubamm 140,—, Wotho 300,—, Kalw 250,—, Glaz 50,—, Heidenheim 200,—, Kayna 120,—, Blauenfels 145,85, Planen 200,—, Priebs 30,—, Sommerfeld 35,—, Schöned 500,—, Lünzenau 250,—, Elbing 2800,—, Orsoy 220,—, Gera 100,—, Hamburg 400,—.
 1. Juli. Worms 138,65, Woltersdorf 30,—, Pirna 50,—, Lehesten 228,05, Fiddichow 8,20, Braunichswalde 100,—, Annaburg 18,60, Würzburg 247,60, Muskau 28,45, Prenzlau 50,—, Wigenhausen 280,—, Breslau 600,—.
 2. Destringen 160,—, Alzen 27,35, Hördt 33,20, Neuhütten 40,30, Wansen 220,—, Landshut 156,55.
 3. Jauer 70,—, Northeim 208,25, Massenbachhausen 47,25, Braunschweig 146,—, Dingelstädt 327,10, Gailingen 50,—.
 4. Alsfeld 121,10, Alsfeldheim 100,—, Reilingen 170,—, Rudolfsstadt 190,—.
 Bremen, den 8. Juli 1930.

Job. Krohn.

Gestorben sind:

- Am 8. Mai der Vorarbeiter Adolf Berger, 61 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).
 Am 7. Juni der Zigarrenarbeiter Gottlieb Könnede, 69 Jahre alt (Zahlstelle Wernigerode).
 Am 11. Juni der Zigarrenmacher Adolf Ober, 74 Jahre alt (Zahlstelle Derlinghausen).
 Am 13. Juni die Zigarrenarbeiterin Lina Greiner, 54 Jahre alt (Zahlstelle Frankenberg).
 Am 15. Juni die Tabakzupferin Auguste Mummert, 54 Jahre alt (Zahlstelle Berlin).
 Am 16. Juni die Kollegin Else Guhke, 26 Jahre alt (Zahlstelle Jastrów).
 Am 17. Juni die Kollegin Frieda Farkl, 36 Jahre alt (Zahlstelle Krossen).
 Am 17. Juni der Zigarrenfortierer Friedrich Köhring, 53 Jahre alt (Zahlstelle Bremen).
 Am 18. Juni der Schnupstabaftspinner Johannes Reith, 50 Jahre alt (Zahlstelle Regensburg).
 Am 18. Juni die Tabakfortierer Theresie Hähmig, 56 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).
 Am 19. Juni die Zigarrenfortierer Erna Trautmann, 18 Jahre alt (Zahlstelle Görlitz).
 Am 19. Juni der Zigarrenarbeiter Hermann Mom, 59 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).
 Am 21. Juni die Zigarrenarbeiterin Barbara Schiele, 55 Jahre alt (Zahlstelle Heidenheim).
 Am 21. Juni der Zigarrenarbeiter Hermann Niemann, 64 Jahre alt (Zahlstelle Berlin).
 Am 22. Juni der Zeitlohnarbeiter Erich Schmidt, 18 Jahre alt (Zahlstelle Schöned).
 Am 22. Juni die Banderoliererin Johanna Weber, 45 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).
 Am 23. Juni die Zigarettenpackerin Auguste Krause, 67 Jahre alt (Zahlstelle Berlin).
 Am 25. Juni die Zigarettenpackerin Erna Schwanger, 31 Jahre alt (Zahlstelle Berlin).
 Am 26. Juni der Zigarrenarbeiter Georg Vogele, 31 Jahre alt (Zahlstelle Allendorf).
 Am 27. Juni die Rohtabakarbeiterin Katharina Franz, 39 Jahre alt (Zahlstelle Mannheim).
 Am 2. Juli der Zigarrenfortierer Georg Lohmann (Ennigloh), 22 Jahre alt (Zahlstelle Bünde).
 Am 3. Juli der Zigarrenarbeiter August Meierheinrich, 58 Jahre alt (Zahlstelle Waldorf).
 Am 4. Juli der Zigarrenarbeiter Berthold Katterwe, 54 Jahre alt (Zahlstelle Jauer).

Ehre ihrem Andenken!

Führende große süddeutsche Zigarrenfabrik sucht sofort **jungen Werkmeister** bis zu 25 Jahre alt, ledig, der die Fabrikation, insbesondere **Luft- und Ueberhandelschläge** vollständig beherrscht. Es kommen auch erstklassige Zigarrenarbeiter in Frage, die sich zu einem Werkmeisterposten eignen und hierfür angelernt werden. Offerte **Nr. 117** an die Expedition des „Tabak-Arbeiter“, Bremen, An der Weide 20.

Billige böhmische Bettfedern!
 Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschlissene 3 M, halbweiße 4 M, weiße 5 M, bessere 6 M, 7 M, daunenweiche 8 M, 10 M, beste Sorte 12 M, 14 M, weiße, ungeschlissene 7,50 M, 9,50 M, beste Sorte 11 M.
 Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.
Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Gummiwaren
 Hygien Artikel. Preis T 2 gratis. „Medicus“ Berlin SW 68, Alie Jacobstraße 8

Gibt ausgelesene **„Tabak-Arbeiter“** zu Agitationszwecken an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter!

Der Rhein ist frei!

Am 30. Juni dieses Jahres hat der letzte Soldat der ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands das besetzte Gebiet verlassen. Die im Versailler Vertrag Deutschland auferlegte Besetzung des Rheinlandes hat damit ihr Ende gefunden. Sie sollte nach dem Wortlaut des Friedensvertrages bis 1935 dauern und etappenweise erfolgen. Beinahe 12 Jahre ist deutsches Gebiet von fremden Truppen besetzt gewesen. Am 1. Dezember 1918 begann der Einmarsch der Truppen. Mehr als 30 000 Quadratkilometer deutschen Landes mit 6 Millionen Einwohnern unterstanden mehr als ein Jahrzehnt hindurch der Kommandogewalt fremden Militärs. Etwa 150 000 fremde Soldaten mit ihren Angehörigen rückten 1918 nach Deutschland ein. Schulen, Kasernen, öffentliche Gebäude, Truppenübungsplätze, Wohnungen usw. mußten den fremden Heereskörpern zur Verfügung gestellt werden. Die Besetzung fremden Bodens und die Aufrichtung einer Militärdiktatur sind für jeden Menschen ein Attentat auf die Freiheit eines zivilisierten Volkes und ein abscheulicher Schandfleck auf die Kultur. Deshalb nimmt auch die Arbeiterschaft an den Befreiungsfeiern im bedingten Maße teil, ohne jedoch einer überspitzten Phrasologie, die bei solchen Anlässen zur Herrschaft kommt, zu unterliegen.

Eine neue Epoche in der deutschen Geschichte ist die Befreiung deutschen Bodens zweifellos. Es ist angebracht, in kurzen Worten rückschauend die Ereignisse der letzten 12 Jahre an uns vorüberziehen zu lassen. Hinter Drahtverhauern isoliert mußte die deutsche Delegation in Versailles kampieren. Nur unter den größten Vorsichtsmaßnahmen wurde mit ihr verhandelt. Deutschland hat den Krieg verloren, nicht zuletzt durch die Unfähigkeit seiner militärischen Machthaber und mußte sich eine derartige unwürdige Behandlung gefallen lassen. Dann kam das Rheinlandregime, ausgeübt von der Interalliierten Rheinlandkommission. Nun folgt die lange Kette der Versuche, durch separatistische Vorstöße und andere Mittel, deutsches Gebiet vom Mutterlande loszulösen. Das französische Militär und allerhand Reaktionäre jenseits der Vogesen verlangten die Abtrennung der linken Rheinseite von Deutschland. Wilson und Lloyd George widerlegten sich dem, dennoch gaben sie in vielen Punkten den Forderungen Clemenceaus und Fochs nach. Mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages am 10. Januar 1920 begann die vertragsmäßige Regelung der Besetzung. Die Interalliierte Rheinlandkommission hatte nach dem Rheinlandabkommen das Recht, Verordnungen mit Befehlskraft, sogenannte Ordonnances, zu erlassen, durch die die Sicherheit und die Unterhaltsbedürfnisse der Besatzungstruppe gewährleistet werden sollten. Die freie Meinungsäußerung der deutschen Presse wurde verhindert, Filme und Bücher, ja sogar das Singen vaterländischer Lieder verboten, das Zeigen der deutschen Flagge unmöglich gemacht, das deutsche Beamtentum wurde schikaniert

und die Grupppflicht der deutschen Beamten eingeführt. Im weiteren Verlauf dessen erfolgten die zahlreichen Sanktionen. Am 6. April 1920 wurde Frankfurt, Hanau, Darmstadt usw. besetzt. Weitere Sanktionsmaßnahmen erfolgten nach dem Londoner Diktat, worauf die Städte Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort der Besatzungszone einverleibt wurden. Im April 1921 wurde an der Ostseite des besetzten Gebietes eine neue Zollgrenze geschaffen, durch die der Wirtschaftskörper des Deutschen Reiches zerteilt wurde.

Der Höhepunkt wurde durch den Ruhrkampf eingeleitet. Französische Truppen besetzten das Ruhrgebiet, weil einige tausend Telegraphenstangen und sonstige Lieferungen unterblieben waren. Im Ruhrkampf tritt zum erstenmal die deutsche Gewerkschaftsbewegung aktiv auf den Plan. Das gesamte deutsche Volk lehnte sich instinktiv gegen diese Sanktionspolitik einer fremden Militärmacht auf. Der Kampf an der Ruhr führte zur Beschlagnahme von Kohlen- und Koksvoorräten, Roh- und halbfertige Erzeugnisse der Hüttenwerke, von Chemikalien in den Großwerken der Chemie, zu Freiheitsstrafen von Arbeiterführern und Gewerkschaftsfunktionären, zu Plünderungen von Filialen der Reichsbank usw. Da die Eisenbahner sich weigerten, unter diesen Bedingungen Dienst zu tun, wurde das gesamte deutsche Bahnnetz im besetzten Gebiet beschlagnahmt und einer französisch-belgischen Eisenbahnregie übertragen. Massenausweisungen wurden verfügt und rücksichtslos durchgeführt. Tausende von Personen wurden aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen.

Der Ruhrkampf hat der deutschen Volkswirtschaft einen unendlichen Schaden zugefügt. Einher mit ihm ging die Inflation. An diesen Schädigungen hat das deutsche Volk noch heute zu tragen. Es ist müßig, heute darüber zu streiten, ob der Ruhrkampf nicht vermieden oder abgekürzt werden konnte. Zweifellos sind auch von der deutschen Seite nicht geringe Fehler in diesem Völkerringen um Rhein und Ruhr gemacht worden.

Nachdem am 11. Mai 1924 bei den französischen Kammerwahlen die Politik Poincarés eine schwere Niederlage erlitt und die englische Arbeiterpartei im Parlament gewaltigen Zuzug erhielt und auch in Deutschland vieles anders und ruhiger beurteilt wurde, konnte jene Periode der friedlichen Verständigung einsehen, die schließlich mit dem frühzeitigen Abzug der französischen Truppen ihre höchste Krönung erhielt. Die Verständigungsversuche zwischen Frankreich und Deutschland waren von Erfolg. Jahrelang hat der diplomatische Kampf, der letzten Endes gegen die rückschrittlichen Elemente diesseits und jenseits der Grenze geführt wurde, gedauert. Schließlich haben sich Briand und Stresemann erfolgreich durchzusetzen gewußt. Der Dawes-Plan und später der Young-Plan haben der wirtschaftlichen Regelung der Reparationsfrage die Bahn gewiesen.

Das Göttliche

Eine solch großartige Gestaltungsaufgabe, wie sie die Welt der wirtschaftlichen Gemeinschaft bedeutet, setzt unbedingt Erfordernisse an den Menschen voraus. Nur der Mensch kann ein Werk gestalten, der von seinem Schaffen innerlich durchdrungen ist. Der innerlich schwache Mensch kann nie ein Werk von Kraft vollbringen, der kleinliche Mensch nie ein Werk von Größe. Stets ist die Tat der Ausdruck einer Seele.

Damit hängt der Gewerkschaftskampf als Aufgabe von allem ab, das den Menschen beeinflusst und bildet, und dazu gehört auch die Auffassung, die der einzelne Mensch sich von Welt und Leben macht. Wo ist die treibende Kraft der Welt? Welche Stellung hat der Mensch im Weltgetriebe? Ist Welt Entwicklung? Und kann der Mensch diese Entwicklung selber fördern? Und wenn er es wohl vermag, dann wie?

Kann er es? — Ja! — Und wie? — Durch eigene Kraft! — Du mußt an Zukunft glauben und an dich. An Kampf und Sieg. Das ist die ethische Voraussetzung, die die gewerkschaftliche Bewegung an den Menschen stellt. Du mußt ein Kämpfer sein mit großem Ziele, Charakter, ganzer Mensch.

„Das Werk der Befreiung kann nur das Werk der Arbeiterklasse selber sein.“ Das ist eine Erkenntnis von unerhörter ethischer Wucht. Sie setzt Kämpfer voraus. Menschen der Tat.

Menschen, die in dieser Tat vertrauen auf sich allein und die Kraft ihrer verbundenen Kampfgenossen.

Dadurch setzt der Gewerkschaftskampf aus seinem ganzen großartigen inneren Wesen heraus feste weltanschauliche Grenzen. Er duldet die weltanschauliche Ueberzeugung gewiß, doch nur innerhalb dieser seiner Wesenheit. Er läßt denken und fühlen, wie jeder es will, doch läßt er nur denken und fühlen aus einer freien, stolzen und selbstbewußten menschlichen Kämpferseele.

Das ist das Große der Welt, das sich da in deiner Kraft regt. Und wenn du es tausendmal überall fühlst, dieses Bestimmende, diesen führenden Sinn, da in deiner Kraft ringt er nach neuer, lebendiger, schöpferischer Gestaltung.

Wenn du an „Gott“ glaubst, kannst du ihn dann großartiger erleben als in Tat, in Werk, in der Gestaltung, die die höchsten sittlichen Werte in sich birgt?

Und wenn du ihn nicht kennst und Namen ablehnst: es ist etwas Hohes und Heiliges um diese Kraft, die da aus deiner strebenden Seele ins lebendige Dasein ringt.

Dein Kampf ist der sittliche Kernpunkt des Geschehens. Er ist der Mittelpunkt der sittlichen Welt. Erzwingt dem Menschen seine Freiheit! Und was du sonst auch noch glaubst: dann wird diese Göttlichkeit zur Wirklichkeit.

Dr. Gustav Hoffmann

Es steht dahin, ob die Abmachungen des Young-Planes in alle Zukunft weiter bestehen sollen. Eine neue Generation von Männern, die den Intrigen der Vorkriegszeit und der unmittelbaren Auseinandersetzung nach dem Kriege kühler gegenübersteht, wird zweifellos neue Möglichkeiten der Verständigung suchen und finden. Je mehr Frankreich und Deutschland ihr gemeinsames Schicksal erkennen, je eher ist die Möglichkeit gegeben, auch die schweren Lasten der kommenden Zeit für Deutschland mildern zu helfen.

Nicht geringe Kräfte sind noch am Werk, um die alte Zwietracht zwischen den Völkern lebendig zu erhalten. Wohl ist wirtschaftlich und politisch eine Annäherung erfolgt, wie sie vor dem niemals zu verzeichnen war. Die Kartelle und Syndikate, Interessengemeinschaften und wirtschaftlichen Verbindungen reichen über die Landesgrenzen hinaus. Der Europaplan des französischen Außenministers stellt einen Versuch dar, das bereits Erreichte weit stärker zur Geltung zu bringen. Europa muß sich in irgendeiner Form zusammenschließen, wenn es den bedrohlichen Stürmen von außerhalb widerstehen soll. Die Arbeitererschaft unterstützt diese Versuche, weil sie weiß, daß sie damit ihren eigenen Interessen dient. Die Gewerkschaften sind heute, wenigstens in einzelnen Ländern, ein viel zu starker Faktor, als daß sie bei all diesen Versuchen übergangen werden können. Je stärker die Gewerkschaftsbewegung anwächst, desto besser ist es für das friedliche Zusammenwirken aller Völker. Deshalb begrüßt auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung den Tag, an dem das Rheinland endgültig von fremder Besatzung frei wurde!

Wir schlagen aus diesem Grunde keine patriotischen Burzelbäume, sind aber der Meinung, daß der Rhein, dieser ewige Schauplatz von Völkerkämpfen, hinfort nicht mehr ein Zankapfel bleiben soll, sondern ein Angelpunkt der Völkerverständigung und der Völkerverständigung! Vielleicht treffen sich die benachbarten Völker später einmal an diesem historischen Strom, um das Verständigungswerk zu vollenden, welches unter so schwierigen Bedingungen in den letzten Jahren angebahnt wurde.

Der Lebenshaltungsindex soll endlich reformiert werden

Der Index der Lebenshaltungskosten spielt in Deutschland eine nicht geringe Rolle. Bei Lohnverhandlungen wird er in der Regel als das Existenzminimum angesehen. Die errechneten Indexziffern konnten aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, weil wichtige Ausgabenpunkte fehlten. Nicht berücksichtigt waren nämlich bei der Aufstellung des Indexes die Sozialbeiträge und Steuern, um nur die Hauptpunkte zu nennen. Wie das reichsstatistische Amt bekannt gibt, hat man mit den Vorarbeiten für eine Reform der Maßziffer der Lebenshaltungskosten begonnen. Man will sich dabei auf die vor einiger Zeit vorgenommenen Haushaltsrechnungen stützen. Die Umänderung des Lebenshaltungsindexes ist sehr zu begrüßen. Hoffentlich läßt die Beendigung der Vorarbeiten nicht so lange auf sich warten.

Kavala

Tabaksvolk in Griechenland

Kavala an der Ägäischen See. Kavala, die Tabakstadt. Die Stadt, die den Tabak aus dem Hinterlande Mazedonien und aus Thrazien verarbeitet und verschifft. Kavala — 25 000 Einwohner, mehr als die Hälfte davon lebt vom Tabak. Kavala riecht sogar nach Tabak, von den Fabriken her und von den Handballen im Hafen. Kavala im nördlichen Griechenland: Hauptstadt der Provinz West-Thrazien. Kavala ist mehr als 4000 Jahre alt, in der Antike hieß es Neapolis: seine kriegerischen Galeerenschiffe waren weit und breit gefürchtet, Homer hat das Kriegs- und Seevolk von Neapolis besungen. Wer wird das Epos über das Tabaksvolk von Kavala schreiben? Das Seldenslied der Arbeit — das mehr ist, als das Kriegslied von Mord und Vernichtung. Kavala, die weißbunte Stadt, in der lilafarbenen Bucht — ganz leise nur wogt die See Ägäis. Kavala ist neu erbaut, das alte Kavala ward 1927 von einem Brande fast ganz zerstört. Aber seine byzantinische Burg steht noch: massiv, finster, trübig — das Zwingvolk des rauhen Mittelalters. Auch der Bischofspalast von Kavala ward vom Feuer verschont.

Kavala ist im Geiste modern, revolutionär ist es, revolutionär gegen Tradition und Vorrechte und Aberglauben. Ein griechisches Sprichwort sagt: „Willst du Schönheit und Scharfsinn auf

Zunehmende Frauenkrankheiten bei der Mutterschaft

Wilhelm Busch hat ein geflügeltes Wort geprägt: „Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr!“ Man könnte dieses Wort jedoch mit einem größeren Recht auf die Mutter in Anwendung bringen. Die Aufzucht von Kindern wird immer teurer. Aber auch die Entbindung und deren Folgen ist, wie jeder weiß, keine einfache Sache. Dafür gibt der Bericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hamburg für das Jahr 1929 einen treffenden Beweis:

Erkrankung während der Schwangerschaft	1929		1928	
	Fälle	Tage	Fälle	Tage
Frühgeburt	427	15 611	882	10 870
Fehlgeburt	56	1 722	55	1 758
Fehlgeburt	2222	70 425	2 156	66 646
Gebärmutterblutungen	81	2 821	25	994
	2786	90 579	2 568	80 268

Die Erkrankung während der Schwangerschaft erforderte in dem verfloffenen Jahr mehr als 15 000 Krankheitstage. In die Augen springend ist die Erkrankung bei Fehlgeburten. Nicht weniger als 70 000 Krankheitstage kamen hierfür in Betracht. Da man infolge des Geburtenrückganges nach Mitteln und Wegen sinnt, die Bevölkerungsbewegung anzufachen, ist eine derartige Zunahme der Erkrankung vor und nach der Geburt sicher beachtlich. Die Krankenkassen leisten einen großen Dienst im Sinne der Bevölkerungsbewegung, wenn sie den Frauen in der schweren Zeit der Schwangerschaft zur Seite stehen.

Erwerbslosigkeit und Konsumgenossenschaft

Es liegt im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, daß sie immer ein Arbeitslosenheer zur Verfügung haben muß, ja, daß jetzt Millionen Menschen ohne Erwerbsbeschäftigung, Millionen der sozialen Unterstützung bedürftig sind. Wenn nun aber schon so viele zu produktiver Tätigkeit gewillt und bereite Menschen mit den ihnen zustehenden Erwerbslosensbeträgen auskommen müssen, dann sollten sie diese wenigstens so vorteilhaft wie möglich zu ihrer schuldlos verminderten Bedarfsdeckung verwenden. Wenn nicht von der Konsumgenossenschaft her die Verbraucher geschützt werden, dann werden die Lasten, die sie ohnehin schon tragen müssen, noch schwerer; wer seine karge Unterstützung zu Händlerverdiensten hergibt, der erschwert sein Los noch selbst. Aber jeder, der sich konsumgenossenschaftlich betätigt, braucht nicht dazu beitragen, den überfetzten Handel zu erhalten. Um wieviel wird dem unbedachten Verbraucher die Lebenshaltung dadurch verteuert, daß unzählige Geschäftsinhaber lediglich davon leben, daß sie fertige Waren nur von der einen zur anderen Stelle bringen! Durch erhöhte Bedarfsdeckung in den Konsumgenossenschaften steigt dort auch die Möglichkeit der Arbeitereinstellung, darüber hinaus aber hilft sich jeder selbst durch beste und zugleich sparsamste Lebensmittelversorgung.

einen Blick? Schau den Mädchen von Kavala in die Augen. Sie sind schön und klug.“ Das macht der Tabak, die Industrie, der Druck vom Unternehmertum zeugt Gegendruck von unten — willst du dich wehren, dann mußt du denken, wenn du denkst — dann gewinnst du, irgendwie. Denkende Menschen sind immer schön. Tabakstöchter von Kavala — hier unsere Hand, laßt uns Freunde sein!

Kavala an der Ägäis. Die hohen Gebirge im Norden sind der Grenzwall gegen Bulgarien. Im Nordwest blaut das Bergland von Südslavien. Und im Osten ist der wildschäumende Fluß Maritza die Grenze gegen die Türkei. All das Land: die Hügel und die Berge — die von Norden her gegen die See Ägäis abfallen, sind Tabaksland. Auch Baumwolle wird gebaut. Getreide und Reben, Delbäume und Lorbeerbusch und Feigenbaum. In den Hausgärten duftet der rosablütige Oleander. Bunte Falter und warmer Wind. Und immer die goldene Sonne — die Sonne über Mazedoniens und Thraziens Tabaksland. Ein gesegnetes Land, reich, schön und romantisch. Griechen und Slaven in buntem Völkergemisch — oft streiten sie, auf den Kirchenfesten blüht abends im Wirtshaus das Messer, rotes Blut verströmt ganz unnützlich — friedlich scheinen die Sterne und über Bulgariens Gebirgswall kommt zartrot der Vollmond herauf: eine riesige schöne Rose — Völker, vertragt euch, nicht das Messer — sondern zur Freundschaft streckt die Hand!

Und heute ist Sonntag — heute ist ein Tag der Freundschaft!

Ein Werk gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Zusammenarbeit

Vor einigen Monaten wurden die vorläufigen Zahlen über die Geschäftsergebnisse der Volksfürsorge im Jahre 1929 mitgeteilt. Anfang Juni tagte die Generalversammlung der Aktionäre und genehmigte den vom Vorstand und Aufsichtsrat vorgelegten Rechenschaftsbericht über das Jahr 1929. Es war — wie in jedem Jahre um diese Zeit — eine Zusammenkunft von berufenen Vertretern der freien Gewerkschaften und deutschen Konsumgenossenschaften, die die Gründer und Aktionäre des Unternehmens sind. Aus dem Bericht des Vorstandes der Volksfürsorge geht hervor, daß Ende vorigen Jahres ein Bestand von 1 918 207 Volks- und Lebensversicherungen mit rund 783 Millionen Reichsmark Gesamtversicherungssumme vorhanden war. Von den am Jahresluß insgesamt in Deutschland laufenden 11 bis 12 Millionen Volks- und Lebensversicherungen zählte also ein Sechstel allein zum Bestande der Volksfürsorge. Dabei muß man berücksichtigen, daß rund 80 private und öffentlich-rechtliche Lebensversicherungsbetriebe — von kleineren unbedeutenden „Versicherungseinrichtungen“ abgesehen — in Deutschland konkurrieren. Schon diese Tatsache zeigt, daß das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen eine hervorragende Stellung in der deutschen Lebensversicherung einnimmt. Wohl beeinträchtigt die ungeheure Wirtschaftskrise auch die weitere Entwicklung der Volksfürsorge; aber die Hoffnung ist berechtigt, daß trotz der ungünstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt Hunderttausende neuer Versicherungen auch in diesem Jahre abgeschlossen werden.

Mit der Gesamtversicherungssumme von fast 800 Millionen Reichsmark stand die Volksfürsorge Ende 1929, obwohl hauptsächlich die kleine Lebensversicherung mit niedrigen Versicherungssummen betreibend, unter allen deutschen Lebensversicherungsunternehmen an 3. Stelle. Vor der Volksfürsorge stehen hinsichtlich der Gesamtversicherungssumme nur der Allianz-Konzern, der zahlreiche, früher selbständige gewesene Versicherungsbetriebe aufnahm, und die bald 8 Jahrzehnte alte Viktoria.

Das Jahr 1929 brachte der Volksfürsorge 580 638 Versicherungsanträge. An Einnahmen aus Prämien und Kapitalerträgen ergaben sich 45,8 Millionen Reichsmark. Die Versicherungsleistungen bei Sterbefällen beliefen sich auf 2,9 Millionen Reichsmark; bis jetzt seit November 1923 (Beendigung der Inflation) sind rund 10 Millionen Reichsmark ausgezahlt. 8360 Sterbefälle wurden im vorigen Jahre reguliert. An der Spitze stehen mit 949 Fällen die Infektionskrankheiten, dann folgen mit 907 Fällen die Unfälle; Krebs kam in 670 Fällen als Todesursache vor, Selbstmord in 372 Fällen, Entbindungen und Wochenbettkrankheiten in 187 Fällen, Tuberkulose (ohne Lungentuberkulose) in 112 Fällen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1929 weist einen Ueberschuß von nahezu 9,9 Millionen Reichsmark auf, der auf Beschluß der Generalversammlung wie folgt verteilt wurde: Je 5 v. H., das ist ein Betrag von je 494 000 Reichsmark, zusammen rund 1 484 000 Reichsmark nach § 39 des Gesellschaftsvertrages dem gesetzlichen Reservefonds, dem Kriegs-

reservefonds und dem Fonds besonderer Reserven. Weitere 50 000 Reichsmark dienen als Verzinsung des von den Gewerkschaften und Genossenschaften aufgebrachten Aktienkapitals. Den Aktionären der Volksfürsorge fließen also keine Aktionärsdividenden zu. Den mit Gewinnanteil Versicherten der Volks- und Lebensversicherung werden unter Hinzunahme der 1928 verrechneten, infolge Ausscheidens der Versicherten aber nicht gutgeschriebenen Gewinnanteile insgesamt rund 8,4 Millionen Reichsmark als Gewinnanteile gewährt. Das entspricht 30 Prozent der gewinnberechtigten Jahresprämie der Volks- und 35 Prozent der gewinnberechtigten Jahresprämie der Lebensversicherung. Die Gewinnanteile werden verzinst (der Zinsfuß für die gutgeschriebenen Gewinnanteile ist für das im Jahr 1929 beginnende Versicherungsjahr auf 7 Prozent festgesetzt worden) und bei Fälligkeit der Versicherungsleistung mit ausgezahlt. Die tarifmäßige Versicherungssumme wird durch diese jährlich angesammelten und verzinsten Gewinnanteile beträchtlich erhöht: Rund 20 Millionen Reichsmark machen bereits die den Versicherten der Volksfürsorge zustehenden Gewinnanteile und Zinsen aus. Der Grundsatz „Alle Gewinne den Versicherten!“ kommt also bei der Volksfürsorge praktisch zur Durchführung.

Aus der Bilanz für den Schluß des Geschäftsjahres 1929, die in Aktiva und Passiva mit je 94,7 Millionen Reichsmark abschließt, seien noch folgende Posten angeführt: Aktiva: Grundbesitz 2,1 Millionen Reichsmark, Hypotheken- und Grundschuldforderungen 49,2 Millionen Reichsmark, Schuldscheinforderungen gegen öffentliche Körperschaften 22,6 Millionen Reichsmark, Wertpapiere 7,1 Millionen Reichsmark, Guthaben bei Bankhäusern (Bankabteilung der GCB, Hamburg, Arbeiterbank Berlin, Arbeiterbank-Filiale Hamburg) 6,6 Millionen Reichsmark. Das Vermögen beläuft sich am Jahresluß auf rund 88 Millionen Reichsmark. Passiva: Aktienkapital 2,5 Millionen Reichsmark (davon eingezahlt 1 Million Reichsmark), Prämienreserven 63,4 Millionen Reichsmark, Gewinn 9,9 Millionen Reichsmark.

Die Volksfürsorge ist als Unternehmen der Arbeiterschaft an deren Wohlergehen nicht nur menschlich, sondern auch geschäftlich stark interessiert. Geht es der Arbeiterschaft gut, dann finden die Vertrauenspersonen der Volksfürsorge auf den Werbegängen bei den Leuten ein willigeres Ohr. Die Volksfürsorge, Ende 1912 gegründet, hat die Kriegs- und Inflationszeit verhältnismäßig gut überstanden; sie entwickelte sich in wenigen Jahren zu einem bedeutenden und anerkannten Versicherungsunternehmen, dem von den Gewerkschaften und Genossenschaften zwei Hauptaufgaben gestellt wurden, die sie in vorbildlicher Weise löste: Allen Volksgenossinnen und -genossen eine gute und billige Lebensversicherung zu bieten, als wichtiges Kreditinstitut zur Förderung der sozialen und gemeinnützigen Bestrebungen der Arbeiterbewegung auf dem Gebiete der Selbsthilfe zu dienen.

Mögen bald die Anzeichen einer Besserung auf dem Arbeitsmarkte kommen; dann werden auch viele Arbeitnehmer, denen es jetzt versagt ist, den Weg zur Volksfürsorge finden, die gegenwärtig 2 Millionen Policen hat. In der Volksfürsorge hat sich die deutsche Arbeiterschaft ein Werk geschaffen, das zu gewaltigen Leistungen berufen ist.

am Hafenkai von Kavala liegt buntbeslaggt ein kleiner weißer Passagierdampfer, bunt beslaggt über Topp. Frohe Sonntagsmenschen strömen dem Hafen zu, alles Tabaksvolk aus den Fabriken — sie haben den Dampfer gemietet: heute machen wir einen Ausflug — zur Insel Thasos hinüber!

Wir fahren schon, leicht und weich wiegt uns der Dampfer, wie Traumwiegen ist das — das Meer ist ölig glatt, lilafarben — nur die Bugwelle des Dampfers ist opalenes Geschäume — und die Schraube wirbelt rauschendes Silber auf. An Bord hörst du Gesang. Die Tabakstöchter von Kavala singen — Heimatslied und Liebeslied, aber auch ein internationales Kampflied, denn das Tabaksvolk in den Fabriken von Kavala ist sozialistisch organisiert. Das ist viel! Wer frei organisiert ist — der ist Europäer, nicht nur Grieche oder Mazedone, oder Franke, Brite und Deutscher. Seht ihr das jetzt erst — unser Dampfer „Skuros“ führt am Vordermast das rote Banner der Arbeiter Europas. Freiheit flattert über der Megäis!

Tausend Mäwen begleiten unser Schiff — und eine Schar breitflügelter Pelikane streicht vorneweg, dem Lande zu: der Insel zu — die da blaugrau aus den opalenen Megäisfluten vor uns aufsteigt. Insel Thasos — größer und größer wird sie, unsere Sonntagsinsel, unsere Ausflugsinsel, die heute unsere Freiheitsinsel sein soll. Wir sind schon da — im kleinen Hafen Vulgaro — unter Lachen und Scherzen geht es von Bord, 500 Menschen aus Kavala auf Thasos!

Vulgaro, das enge Städtchen. Laßt uns eine Mastika trinken — einen süßen Anischnaps, die Mädchen nehmen nen Maraschino, einen Mandellikör — so: und jetzt schnell weiter — zur Höhe, aufwärts, auf den 1000 Meter hohen Berg hinauf, auf den Rapsarion. Strapinos — die Hitze, die Männer ziehen die Jacken aus — und die Frauen und Mädchen öffnen die Ärmelknöpfe an den Blusen — Luft überallhin — und immer kräftig aufwärts, die Kinderchen wollen nicht mehr — wie, was — wozu sind die Papas da, Babbos: nehmt doch die Kinderchen auf den Buckel, laßt sie reiten, die Babbos müssen auch mal Maults sein — die Tabakskinder von Kavala reiten auf den Berg Rapsarion, Insel Thasos in der See Megäis.

Um Mittag sind wir droben, am Berg. Alte Tempelruinen, gestürzte Säulen und zerschmettertes Architrav — hier oben am Berge Rapsarion thronen einst die Götter — herrschten die Götter — heute herrscht das Volk: das denkende Volk ist sein eigener Herr — heute müssen die Götter das wollen, was der denkende Mensch fordert. Droben über das sanfte Grün des Himmels segeln kleine weiße Wölkchen — wie freie Gedanken, so zart und so keusch.

Tabaksvolk von Kavala auf Thasos. Gelagert auf den Tempeltrümmern, gelagert im hellen Sonnenlicht, umfungen vom Höhenwind — tausend Meter über der opalenen Megäis. Hört ihr's rauschen? Nicht die See rauscht von unten herauf — sondern der Höhenwind spielt Harfe in den Kronen der Pinien

Kinder, Eltern, Lehrer

(DRGS.) Obgleich das Verhältnis zwischen Schule und Haus auch heute noch viel zu wünschen übrig läßt, obgleich es in den Großstädten noch häufig vorkommen mag, daß sich Klassenlehrer und Eltern überhaupt persönlich gar nicht kennen, so darf aus der Erfahrung heraus doch auch wieder behauptet werden, daß im allgemeinen die Eltern heute in näherer Verbindung mit der Schule leben als früher. Für die Grundschule trifft diese erfreuliche Feststellung wohl noch besonders zu. Es ist hauptsächlich die Mutter, die heute vielfach den Gang zur Schule macht, um dort ihrer kleinen Kinder Schicksal weiter zu verfolgen und auch etwas von dem neuzeitlichen Schulleben kennenzulernen. Die Eltern können den Gang zur Schule um so lieber und unbefangener tun, als es auch dem heutigen gewissenhaften Lehrer nur erwünscht sein wird, mit der Familie in steter Fühlung zu bleiben. Die gegenseitigen Aussprachen zwischen Eltern und Lehrern sind fast immer ertragreich. Da kann von beiden Seiten manches Mißverständnis wegeräumt werden. Es fehlt freilich auch nicht an Fällen, wo es zu ärgerlichen Meinungsverschiedenheiten, ja Zusammenstößen kommt, zu dauerlicher Entfremdung beider Teile. Aber auch da, wo man äußerlich glatt, scheinbar überzeugt auseinandergeht, da bleibt nicht selten im geheimen ein ungeklärter Nest übrig, es lebt doch manchmal die Ueberzeugung weiter, daß der andere Teil nicht recht gesehen und zutreffend geurteilt hat. Meist werden es die Eltern sein, besonders die Mütter, die mit der Meinung von dannen gehen, daß ihr Kind doch falsch eingeschätzt, daß es verkannt wird. Woraus erklärt sich dieser Umstand? Wer beurteilt das Kind treffender, die Eltern oder der Lehrer?

Die Mutter wird natürlich behaupten, daß sie ihr Kind am besten kennt und es spricht ja auch viel dafür. Die Mutter hat ihr Kind von klein auf und fast immer um sich, jedenfalls mehr als der Lehrer, der es nur an einigen Stunden des Tages sieht und der die Klasse ja auch manchmal wechselt. Die Mutter hat also viel mehr Gelegenheit, ihr Kind zu beobachten. Dazu kommt, daß sich ihr gegenüber das Kind ganz anders gibt als in der Schule, wo die Gegenwart der andern Kinder, ferner die immerhin fremdere Person des Lehrers, das ganze Schulleben daran hindert, offen aus sich herauszugehen, sich aufrichtig zu geben. Der Mutter aber erschließt sich das Kind ganz und gar, zu ihr kommt es mit seinen großen und kleinen Freuden und Nöten, da gibt es sich, wie es eben denkt und fühlt. Dieser unbefangenen Hingabe kommt die große, die fast immer aus der Liebe heraus gesteigerte Teilnahme der Mutter entgegen. Sie trägt ihr Kind immer im Herzen, sie hat für alle seine Lebensregungen einen empfänglichen Sinn, sie will beobachten und erforschen, sie möchte ein möglichst vollkommenes Bild ihres Kindes erlangen. Die Mutter erkennt ihr Kind auch in seiner gesamten Persönlichkeit, nicht nur wie es lernt, was es kann, sondern auch wie es sonst in seiner ganzen Art ist, sie erlebt und kennt seine Charaktereigentümlichkeiten, seine Stärken und Schwächen; aus der Vererbung, aus der Familiengeschichte wird ihr mancher kindliche Wesenszug klar.

Der Lehrer steht der Mutter von vornherein in zweifacher Beziehung nach. Er hat eine ganze Klasse zu betreuen, hat sie nur ein Jahr vor sich, im günstigsten Falle einige Jahre. Da kann ihm wohl mal das eine oder andere, aber nicht jedes Kind so nahe kommen wie der Mutter. Sodann fehlt ihm aber doch bei aller Menschenliebe das Mutterherz. Er wird nicht mit der ganzen Liebe und tiefen Teilnahme einer Mutter allen Neuforderungen seiner Schüler nachgehen, eben auch darum nicht, weil auch das Kind das herausfühlt und in einer gewissen Entfernung zum Lehrer bleibt. Der heutige Lehrer ist zwar vom Gedanken durchdrungen, daß er nicht nur zu unterrichten, sondern auch zu erziehen hat; er wird sich auch die größte Mühe geben, die ganze kindliche Persönlichkeit kennenzulernen und zu bilden, aber sein Beruf bringt es doch mit sich, daß er seine Aufmerksamkeit meistens auf den Unterricht verwendet. Er wird daher auch besser als die Eltern imstande sein, die Anlagen und Schulleistungen des Kindes zu beurteilen. Vor allem sieht er das Kind unter den vielen andern; er kann leicht vergleichen. Die Eltern sind vielleicht von den guten Leistungen ihres Kindes überzeugt, aber sie sehen doch nur ihr Kind, nicht die ganze Klasse, nicht die andern noch tüchtigeren Kinder. Der Lehrer beurteilt den Schüler als Gemeinschaftswesen. Auch die Mutter hat dazu zwar Gelegenheit, denn sie sieht das Kind täglich im Verhältnis zu seinen Geschwistern, beobachtet es im Spiel mit seinesgleichen. Aber der Lehrer hat das Kind immer in der Gemeinschaft der andern vor sich, immer unter vielen Mitschülern. Dadurch kann er doch eher zu andern und zu treffenderen Urteilen kommen als die Eltern. Wenn ihm die elterliche Einstellung zum Kinde abgeht, dann damit auch ein gewisser Nachteil, nämlich die Neigung, alles beim Kinde schön zu finden, in ihm ein Wunderkind zu erblicken, der Lehrer wird in der Regel unbefangener und deshalb nicht selten richtiger urteilen.

Wer also kennt das Kind am besten?, die Eltern oder der Lehrer? Wir können nicht den einen Teil allein nennen; beide haben reichlich Gelegenheit, das Kind zu beobachten und aus der Erfahrung um rechten Urteil zu gelangen. Wenn beide Erzieher nicht immer übereinstimmen, liegt es zum großen Teil an der verschiedenen Einstellung und besonders daran, daß die Eltern ihr Kind mehr als Einzelwesen, daheim im Hause kennen lernen, der Lehrer es dagegen mehr als Glied einer größeren Gemeinschaft sieht.

Wenn eine verschiedene Beurteilung so leicht möglich ist, ist die gegenseitige Aussprache um so nötiger. Wenn sie in guter Absicht und mit der nötigen Ruhe geführt wird, werden Eltern und Lehrer dadurch neue Einblicke gewinnen, Irrtümer werden aufgeklärt und beseitigt werden. Es ist nicht nur für das Kind, sondern auch für Eltern und Lehrer am besten, wenn Einigkeit zwischen beiden Erziehern herrscht und nicht das quälende Gefühl im Herzen zurückbleibt, daß das Kind falsch oder etwa gar bewußt ungerecht beurteilt und behandelt wird.



Bäume. Dichter Pinienwald wächst den Berg Kypfaron herauf — der Gipfel des Berges ist kahl — hier war der Tanzplatz der Götter: Venus tanzte mit Mars, Apollo mit Aphrodite — und der hochsüßige Pan blies die Birkenflöte, die weiße, die klangvolle! Auch heute, am Sonntag, wird am Gipfel des Berges Kypfaron getanzt — das Tabaksvolk aus Kavala hat ebenso freudige Tanzbeine als wie die Götterherrschaften der Antike sie hatten. Tabakstochter tanzt mit dem Tabaksburschen. Und Vater schwingt die schwitzende Mutter (sie wiegt zweieinhalb Zentner), sie schwitzt wie ein leckes Weinsäß — aber das tut dir gut: Mamina — als getranzt, als rundum, bis du mager wirst. Und die Musik, die Birkenflöte, die Pansflöte? Oh was, Flöte — wir gehen ins zweite Jahrtausend — wir machen Maschinenmusik: das Grammophon spielt uns zum Tanze auf — Jazz und Schieber — Tango und Schlango — aus den Felspalten gucken die Götter — was ist das für eine verrückte Welt geworden!

Die Kinder aber sind auf Jagd — hinter die wilden Ziegen her, her hinter die wilden Kaninchen. Kinder — habt ihr was gefangen? Ja, 'ne Handvoll blauen Bergenzian — und blutsrote Crika — oi, strabimbo: die Blumen, Blumen, Blumen. Windet die Blumen zu Kränzen — und gebt sie den Kindern und Jungfrauen aufs Haupt. Laßt uns die Menschen schmücken — trotz dem Reide der Götter, wie sie aus den Trümmern und Felsritzen herauslugen — vorbei sind die Zeiten, da der Mensch seine Götter bekränzte — nochmals: der denkende Mensch ist selber Herr!

Vater Papadoppoli hält eine kleine Rede — sozialistische Gedanken auf der Gipfelhöhe des Berges Kypfaron, Insel Thasos — unten die weite See Aegäis — opalen und lila. Droben in der Luft zirkeln zwei Geier: der Geist des Raubes und der Kriege! Vater Papadoppoli aber feiert in seiner Rede den Geist des Friedens und der Freundschaft! Auf den Trümmern der kriegerischen Götterwelt blüht der Gedanke der neuen Welt: Die vereinigten Volksstaaten von Europa! Dreimal hoch dafür — und danke — und nun heimwärts.

Abend. Nacht. Wir sind wieder an Bord — frischer Wind ist aufgekommen, der Dampfer tanzt leicht in der See, manche werden seehrank — manche nicht — droben über uns glitzern die Sterne — und über der Halbinsel Athos schwimmt durch den Himmel der Halbmond: blaß und gelb. Dann blüht der Leuchtturm von Kavala auf — die Lichter der Stadt werden hell und heller — und punkt zwölf Uhr gehen wir von Bord. Genossen: die Hände zum Abschied — der Ausflug nach Thasos war schön. Und morgen wieder Fabrik: Tabak, Tabak, Tabak!

Max Dortu

In der nächsten Nummer des „Tabak-Arbeiter“ beginnt der neue Roman: *Fräulein Mutter*